
Liebe Leserinnen und Leser,

wir hoffen, dass Ihr alle gut im neuen Jahr angekommen seid und wünschen Euch ein gesundes und zufriedenes Jahr 2011. Langeweile wird auch in diesem Jahr nicht aufkommen. Dioxin in Hühnereiern ist mal wieder nur die Spitze des (schmelzenden) Eisberges, Atomkraftwerke sollen uns länger bestrahlen und die Wasserqualität fließt vielerorts immer weiter den Bach runter ... Dennoch darf Resignation nicht aufkommen, Engagement zur Verbesserung der Zustände ist erforderlich. Nutzt den BBU-Newsletter zur Verbreitung von Infos und zur eigenen Vernetzung und (ganz wichtig!) markiert den **26. März** (BBU-Mitgliederversammlung, s. u.) rot in euren Terminkalendern. Weitere Termine: <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Etwas späte, dennoch herzliche Neujahrs-Grüße aus der BBU-Geschäftsstelle, vom BBU-Vorstand und von der BBU-Newsletter-Redaktion.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Goldrausch beim BBU!

Die BBU-Mitgliederversammlung wählt am 26. März eine/n neue/n Schatzgräber/in

Wie bereits angekündigt, findet die nächste BBU-Mitgliederversammlung am 26. März in Bonn statt. Schriftliche Einladungen folgen noch. Alle BBU-Mitglieder sollten den Termin jetzt fest in ihren Terminkalendern eintragen! Da auch Vorstandsmitglieder gewählt werden müssen, insbesondere der / die Schatzmeisterin, sollten alle Mitgliedsgruppen des BBU überlegen, wen sie möglicherweise aus ihren Reihen für eine Vorstandskandidatur vorschlagen möchten. Übrigens: Der / die BBU-Schatzmeisterin hat eine besonders ehrenvolle Aufgabe: Er / sie darf gemeinsam mit Moby Dick über die Weltmeere segeln und nach der berühmten Schatzinsel suchen. Wer sie findet, darf den Inhalt der Schatzkiste allerdings nicht behalten, sondern muss ihn in der Bonner BBU-Geschäftsstelle abgeben ... (UB)

Wutbürger 2010

Oder: Kann man sich auf ihn eigentlich einen Reim machen?

In welchen Höhlen hatte er sich denn verkrochen,
der brave deutsche Michel, stets ein treuer Untertan,
ließ von der Obrigkeit sich lange unterjochen,
warum er nun 2010 ans Tageslichte kam.?

Denen, die gepriesen sind in bunten blöden Blättern,
eisernen Kanzlern, dekadenten Potentaten,
war stets willig er gefolgt und deren Vettern,
Rüstungsbossen, Bank-Tycoonen, Ölmagnaten.

Darauf kann man sich kaum einen Reim machen:
Nun steht er wütend da, von lautstarkem Protest erfüllt,
vor Bahnhof, Bank und atomarer Lagerstätte,

hat seine Heiligenbildchen längst zerknüllt,
als Wahlplakate liegen sie zerfetzt im Müll.

Das viel beschworene Bürgertum, diese gesellschaftliche Mitte,
das zähe Mittelmaß an Fortschritt und Verbesserung,
entflieht den Kirchen und nun auch dem Lions Club,
sucht vor Wasserwerfern in der Menge ihr Bad.



Daraus wird wieder ein Reim:
Guidos Spaßmobil liegt nun im Strassengraben,
Tank ist leer, Peak Oil für Neoliberal.
Nur noch Mövenschiet, kein Bonus mehr bei Wahlen.
Der Bürger nimmt sich diese Freiheit li(e)ber(m)al.

Als Ackermann gilt ein redlicher Landwirt wieder,
ein Geissler treibt Politpomaden durch die Gassen,
der Koch gibt seinen Löffel ab und köchelt wohl nie wieder,
der Köhler stellt den Meiler aus. Die Merkel wills nicht fassen.

Wer kann sich darauf einen Reim machen?
Der Bürger ist in Wut! Was wird nun anders, besser?
Bürgers liebstes Kind ist noch der Gutti Kriegsminister,
des deutschen Bürgers bestgehegte Angst bleibt die
vor der Abschaffung der Schweinshaxe durch die Sarazenen.

Reim hin, Reim her, die letzten Strophen fallen nicht schwer:
Die Bank ist immer noch ein Freudenhaus,
noch trieb niemand ihr den Bonus aus,
im Tempel machen Wechsler weiterhin ihr Spiel.
Was nützt die Wut, wenn sie nichts ändern will?

Wir verdoppeln unsre Wut im nächsten Jahr,

verbürgern uns zu einer wahren Wende,
und machen Bürgerfreiheit endlich wahr,
Veränderung kennt nun mal kein Ende.

Wolfgang Guhle
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU
26.12.2010



EU-Kommission legt Entwurf der Seveso-III-Richtlinie vor

(OK) Am 21.12.2010 hat die EU-Kommission den ersten Entwurf der Seveso-III-Richtlinie veröffentlicht. Die Seveso-Richtlinie regelt die Anforderungen an besonders gefährliche Industrieanlagen und wird in Deutschland durch die Störfall-Verordnung umgesetzt.

Die Überarbeitung der Richtlinie erfolgt aus Anlass des Wechsels des Einstufungssystems von Chemikalien. Das bisherige europäische System wird auf das weltweit einheitliche System der Vereinten Nationen für die Einstufung und Kennzeichnung von Stoffen (GHS – Globally Harmonized System) umgestellt. Bei der geplanten Umsetzung der Umstellung bzgl. der Seveso-Richtlinie würden aber verschiedene bisher vom Anwendungsbereich der Seveso-Richtlinie erfasste Störfallanlagen zukünftig nicht mehr unter die Richtlinie fallen.

Nach dem Richtlinienentwurf soll es zukünftig strengere Bestimmungen für den Zugang der Öffentlichkeit zu Sicherheitsinformationen und für die Beteiligung an Entscheidungsverfahren für diese besonders gefährlichen industriellen Anlagen geben. Allerdings besteht die Gefahr, dass auch die neuen Regelungen noch zu viele Schlupflöcher lassen.

Unter <http://ec.europa.eu/environment/seveso/review.htm> ist die Sicht der europäischen Umweltverbände zur geplanten Änderung der Seveso-Richtlinie zu finden, die im Rahmen eines „Stakeholder consultation meetings“ der EU-Kommission Ende 2010 vom BBU-Vorstandsmitglied Oliver Kalusch für das Europäische Umweltbüro (EEB) vorgebracht wurde.

Der BBU wird sich an der Arbeit des EEB beteiligen, um den Entwurf der Seveso-III-Richtlinie im Detail zu analysieren, Defizite aufzuzeigen und Änderungsvorschläge zu erarbeiten.

Die deutsche Fassung des Richtlinienentwurfs steht unter http://ec.europa.eu/environment/seveso/pdf/com_2010_0781_de.pdf

Zeitfokus.de

(UB) Die Redaktion der Online-Zeitung www.zeitfokus.de hat dem BBU mitgeteilt, dass Beiträge aus den Reihen der Bürgerinitiativbewegung erwünscht sind. Sowohl eigene Berichte als auch Pressemitteilungen. Wer eigenständige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betreibt, kann sich die Homepage ja mal ansehen und bei Interesse mit der Redaktion Kontakt aufnehmen.

Auch die BBU-Newsletter-Redaktion steht für (erste) Auskünfte zur Verfügung, natürlich auch im Zusammenhang mit anderen Fragen rund um den Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Schließlich gehört die Öffentlichkeitsarbeit zur erfolgreichen Bürgerinitiativenarbeit wie die Ebbe zur Flut.

BBU-Pressemitteilungen

Aktuelle BBU-Pressemitteilungen können hier nachgelesen werden: <http://www.bbu-online.de/Presse.htm>.

2. Themenbereiche

Anlagensicherheit

Sportanlagen

(UB) Zu den besonderen Anlagen, um die sich Bürgerinitiativen eher weniger kümmern, gehören die Sportanlagen. Die Bundesanstalt für Materialforschung und –prüfung (die natürlich keine Bürgerinitiative ist) befasst sich derzeit mit möglichen Grundwasserbelastungen, die durch Kunstrasenflächen verursacht werden können. Mehr dazu unter http://www.bam.de/de/aktuell/aktuelle_meldungen

Artenschutz

Arbeitskreis Heckenschutz

Die Internet-Seiten des Arbeitskreises Heckenschutz (www.heckenschutz.de) werden zurzeit umgebaut und aktualisiert! Ein interessanter Verbund von Seiten zum Thema Hecken soll entstehen (Heckenschutz, Heckenpflege etc.). Die Seiten werden auch von meinem neuen Wohnort aus weiter betreut und sollen nicht nur für das Wendland interessant bleiben / werden.

Für Hinweise auf interessantes und einstellungswürdiges Material und Vernetzungen durch einen LINK sind wir sehr dankbar! Herzliche Grüße

Jürgen Kruse

Arbeitskreis Heckenschutz, info@heckenschutz.de, 23.12.2010

Atomindustrie

Atomforschungszentrum Jülich: Demo am 30. Januar

Im Bereich des Atomforschungszentrum Jülich hat sich ein neues Anti-Atomkraft-Bündnis gegründet. Das Bündnis veranstaltet am 30. Januar eine Demonstration in Jülich. Infos unter <http://westcastor.de>.

Röttgens Zwiesprache

Eine Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg zu jüngsten Äußerungen des Bundesumweltministers zum Endlagerstandort Gorleben findet man hier:

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de/chronologisch/pressemitteilungen/roettgens-zwiesprache>

Die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg ist Mitglied im BBU.

Ostermontag gegen Atomkraft

Ein bundesweites Planungstreffen für Anti-Atomkraft-Aktionen an Atomanlagen am Ostermontag findet am 29. Januar in Kassel statt. Infos: <http://cms.ag-schacht-konrad.de/images/PD/T25/T25%20-%20Einladung%20Kassel.pdf>.

Ostermontag: Ostermarsch in Gronau

Ostermontag findet ein Ostermarsch zur einzigen deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau statt, für den in ganz Nordrhein-Westfalen mobilisiert werden soll:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/20.01.111.htm>.

Das nächste landesweite (NRW) Vorbereitungstreffen findet am 11. Februar in Münster statt, 18.30 Uhr. Ort: CUBA, Achtermannstraße (fast direkt am Hauptbahnhof). Weitere Infos gibt es beim AKU Gronau: 02562-23125. Der AKU ist Mitglied im BBU.

Lubmin

Mitte Februar droht die Ankunft der nächsten Atomüllfracht in Lubmin. Infos über geplante Proteste findet am hier: <http://lubmin-nixda.de>

Nachrichten-Dienste für die Thorium-Industrie

Über das Engagement der Nachrichtendienste für die Thorium-Industrie berichtet die BI Umweltschutz Hamm in ihrer neuen Ausgabe ihres THTR-Rundbriefes: <http://www.reaktorpleite.de/thtr-rundbrief.html>.

Die BI Umweltschutz Hamm ist Mitglied im BBU.

12. März: Menschenkette Neckarwestheim – Stuttgart

Im Vorfeld der Menschenkette von Neckarwestheim bis Stuttgart finden verschiedene regionale Vorbereitungstreffen statt. Am 30. Januar findet in Besigheim die Vorbereitung für den nördlichen Streckenabschnitt statt.

Infos dazu auf der BBMN-Homepage unter <http://www.bbm.de>.

Der BBMN ist Mitglied im BBU.

**CASTOR-ALARM
TAG X
15.-18.FEB.**

**AUF NACH
LUBMIN**
www.lubmin-nixda.de

CO2-Endlagerung

An der Bevölkerung vorbei in den Untergrund – die Gaskonzerne verpressen schon heute CO2

Obwohl auch Niedersachsen das CCS-Gesetz blockiert, erlaubte das niedersächsische Landesbergamt Erdgasförderern schon in der Vergangenheit tausende Tonnen von Kohlendioxid im Untergrund zu verpressen. Seit 2007 nutzt ExxonMobil Kohlendioxid, um unkonventionelles Erdgas im Untergrund aufzuschließen, damit es anschließend gefördert werden kann. So gelangten große Mengen CO – Exxon verrät nicht wie viel – CO2 in den Untergrund von Söhlingen, Goldenstedt, Wietingsmoor und Cappeln.

Auch RWE Dea plant noch in diesem Jahr bei Weißenmoor CO2 zum Fracing einzusetzen, um dort Erdgas fördern zu können. Bei Fracing wird das verflüssigte Gas in den Untergrund gepresst und kühlt das dortige Gestein so stark ab, dass sich Risse bilden. Nun kann das Erdgas herausströmen und an die Oberfläche gepumpt werden.

Auch in der Altmark wollte man diesen Weg beschreiten und mit der Einlagerung von CO2 die Erdgasausbeute erhöhen. Weil Vattenfall 2008 seine Zusammenarbeit

mit Gaz de France als Klimaschutzmaßnahme herausposaunte, wurden wir aufmerksam. Mit unserer Pressemitteilung „Endlagerung von CO2 aus der ersten Pilotanlage beginnt – der Widerstand auch“ informierten wir die Öffentlichkeit, die Medien und die Politik über die Planungen. Die Planungen wurden unterbrochen und die schon errichteten oberirdischen Anlagen nicht in Betrieb genommen. Eine endgültige Entscheidung soll erst nach Vorlage eines CCS-Gesetzes erfolgen.

Es zeigt sich wieder, dass das deutsche Bergrecht dringend überarbeitet werden muss. Es darf nicht sein, dass die Öffentlichkeit nicht über das Geschehen im Untergrund informiert ist.

Quelle: Artikel von Steven Hanke in <http://www.energlobe.de>. Zum Lesen bitte den Suchbegriff „Hanke“ verwenden.

Unsere Presseerklärung vom 5.9.08:

<http://www.bbu->

[bonn.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202008/PE%20zu%20CO2%20Endlager%20Altmark.pdf](http://www.bbu-bonn.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202008/PE%20zu%20CO2%20Endlager%20Altmark.pdf)

Foto: Injektionsanlage bei Maxdorf in der Altmark.

Harald Gülzow, Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied



Friedens- und Antikriegsbewegung

Kooperation für den Frieden erleichtert über START-Abrüstungsabkommen

Die Kooperation für den Frieden, der Zusammenschluss des Großteils der deutschen Friedensbewegung, hat im Lauf des Jahres 2010 die Zitterpartie um das neue START-Abkommen - wie auch schon die Neuverhandlung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen NPT im Mai - mit Sorge verfolgt.

So erleichtert wir über die nun erfolgte Ratifizierung des Abrüstungsvertrags durch den US-Senat sind, so dringend mahnen wir die nötige Konsequenz an, jetzt unverzüglich die restlichen noch in Deutschland verbliebenen Atomsprenköpfe aus dem Lager Büchel abzuziehen.

Aus einer Pressemitteilung der Kooperation für den Frieden vom 24.12.2010. Vollständige Pressemitteilung unter:

<http://www.koop-frieden.de>. Der BBU gehört der Kooperation an.

Gasförderung

Erdgas-Förderer erproben neue Wege: Mit CO2 und viel Chemie zu mehr Ertrag

Unter Geheimhaltung sollen neue Technologien in der Gasförderung in Deutschland erprobt werden. Etliche Landesbergämter erlauben damit die Einbringung von Chemikalien sowie Kohlendioxid in den Untergrund ohne Überprüfung der Umweltrisiken. Die Interessen der Landwirtschaft und der Trinkwasserversorgung, die auf sauberes Grundwasser angewiesen ist, bleiben außen vor. Eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit an den Entscheidungen der Genehmigungsbehörden ist nicht vorgesehen. Den Wünschen der Erdgasförderer, allen voran ExxonMobil, wird weitgehend entsprochen.

In der Dezemberausgabe der Zeitschrift WATERKANT fasst die Vorsitzende vom VSR-Gewässerschutz Susanne Bareiß-Gülzow die Risiken für unser Grundwasser zusammen. Dieser Artikel kann unter http://www.vsr-gewaesserschutz.de/resources/Waterkant_2010-04_28.pdf gelesen werden.

Zur Gefährdung der Grundwasservorräte durch die geplante Förderung von unkonventionellen Erdgases hatte der BBU zusammen mit dem VSR-Gewässerschutz im Dezember schon eine Pressemitteilung verfasst.

(<http://www.vsr-gewaesserschutz.de/11.html>).

Harald Gülzow, Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied

Stopp Fracking!

(UB) Mathias Elshoff aus Nordwalde hat eine Petition an den jeweiligen Petitionsausschuss der Landtage in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen gegen die unkonventionelle Erdgasförderung auf den Weg gebracht. In der Petition heißt es u. a.: „Gegen eine konventionelle Erdgasförderung ist wenig auszusetzen. Erdgas ist ein sauberer Rohstoff und der Flächenverbrauch ist sehr gering. Wird das Gas aber unkonventionell gewonnen, geschieht das mit einem viel höherem Aufwand. Der Beitrag der in der Sendung Monitor gezeigt wurde, verdeutlicht am besten was passieren wird, wenn dieses Bohrverfahren demnächst großflächig genehmigt wird.

In Amerika sagen die gleichen Mitarbeiter- wie Herr Stahlhut und Herr Nack von Exxon hier in Deutschland- dass das Verfahren sicher sei und es zu keinen Umweltverschmutzungen kommen kann. Die Probebohrungen sind in unseren Augen der erste Spatenstich für das Fracking. Denn wenn hier in NRW und Niedersachsen genügend Gas gefunden werden sollte, werden die gasfördernden Konzerne Wege finden hier auch abzuteufen. Wir finden es unvorstellbar, dass dann im ganzen Münsterland auf einem qkm bis zu 5 Bohrtürme entstehen und eine sehr hohe Trinkwassermenge verschmutzt wird. Mehr Infos unter: www.gegen-gasbohren.de“

Weitere Informationen über die Petition gibt es im Internet unter

<http://www.openpetition.de/petition/zeichnen/stopp-fracking>. Auf der Seite kann die Petition online unterschrieben werden.

Gewässerschutz

Die Unstrut – gebeutelt von Landwirtschaft und Bergbau

Trotz eisiger Temperaturen findet sich auf dem Unterlauf der Unstrut kein Eis. Der Fluss im Grenzbereich zwischen Sachsen-Anhalt und Thüringen ist einfach zu salzig. Aber die Probleme gehen viel weiter.



Im letzten Jahr untersuchten die Mitglieder vom VSR-Gewässerschutz diesen Fluss im Rahmen mehrerer Messfahrten. Neben den sehr hohen Chloridwerten fand man auch stark überhöhte Nitratwerte. Wie die aktuelle Untersuchung zeigte, verschlechtert sich die Wasserqualität der Unstrut immer weiter. Vergleicht man die aktuellen Messungen mit den Ergebnissen der Umweltschützer aus 2004 muss man einen Anstieg der Nitratbelastungen feststellen. In Freyburg stieg die Belastung in den letzten 6 Jahren sogar um über 50 % von 14,6 auf 23,4 Milligramm pro Liter. Die Ursache ist nur schwer auszumachen, da die Nitrate über das Grundwasser in die Unstrut und ihrer Nebenbäche geschwemmt werden. Auffällig ist, dass allein im Raum Sömmerda in den letzten fünf Jahren 18 Biogasanlagen in Betrieb genommen worden sind. Die in den Anlagen anfallenden stark stickstoffhaltigen Gärreste werden im Umland auf

die Felder gebracht. Ein weiter Transport lohnt sich genauso wie bei der Gülle aus den Massentierhaltungen nicht. Für die Berechnung der notwendigen landwirtschaftlichen Fläche zur Aufbringung dieser Gärreste wird nur der tierische Anteil wie z. B. Gülle herangezogen. Der pflanzliche Teil aus Mais, Gras, Roggen, etc bleibt außer Betracht. Dadurch kommt es zu einem gesetzlich geregelten Stickstoffeintrag der wesentlich über dem der Gülle liegt. Diese erhöhten Einträge belasten dann das Grundwasser, welches wiederum den Bächen zuströmt.

Die vollständigen Ergebnisse der Messfahrten an der Unstrut sind im letzten Rundbrief der Gewässerschützer veröffentlicht. Man kann ihn im Internet unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/9.html> lesen.

Harald Gülzow, Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied

Klimaschutz

Energiekonzern GdF Suez: Kein Kohlekraftwerk in Brunsbüttel

Diese gute Nachricht hat der Projektleiter, Herr Frank Albers, vorhin telefonisch übermittelt. Als Gründe nannte er:

- das gewünschte Maß an Rechtssicherheit sei noch immer nicht erreicht (hier spielte der Widerstand in der Bevölkerung (getragen durch die BI) sowie die Normenkontrollklage eines BI-Mitglieds gegen den B-Plan 55, der das 800 MW Kohlekraftwerk ermöglichen sollte, gewichtige Rollen)
- ein Partner zur Verwirklichung des Projekt sei nicht gefunden worden (dieses Schicksal wird auch die SWS nach der beschlossenen Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ereilen)
- schon die Planungen seien teurer gewesen als erwartet.

Die BI ruft alle BürgerInnen, die erkannt haben, dass Kohlekraftwerke im Angesicht des Klimawandels die falsche Zukunftsinvestition sind, dazu auf, neben ihrer Ablehnung sich auch öffentlich als Kohlekraftgegner zu engagieren, bei der BI mitzuarbeiten und mitzuhelfen, den Widerstand noch weiter zu verbreiten. Den Kohlekraftwerksbefürwortern unter den maßgeblichen Politikern muss klar werden, dass sie keine Chancen haben wiedergewählt zu werden, wenn sie für eine Klimaschutzabgabe UND neue Kohlekraftwerke die Hand heben. „Nun geht es mit doppelter Kraft gegen das Wahnsinnsprojekt der SWS“, so BI-Mitglied Dr. Karsten Hinrichsen, „den erneuerbaren Energien und dem sparsamen Gebrauch von Energie gehören die Zukunft. Wir wollen unseren Kindeskindern keinen geplünderten Planeten hinterlassen.“ Für Nachfragen: Karsten Hinrichsen, Tel. 04829/7080

Pressemitteilung der BI Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe/Brunsbüttel vom 23.12.2010:

http://data.bi-unterelbe.net/Daten/pdf/Pressemitteilung_GdF_Suez_gibt_Kohlekraftwerk_in_Brunsbuettel_auf.pdf;

Die BI ist Mitglied im BBU.

Landwirtschaftspolitik

BBU: Weiteres Engagement zur Förderung des ökologischen Landbaus

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) wertet die Berliner Demonstration (22. Januar) für eine ökologische Landwirtschaftspolitik als ein wichtiges Signal der Verbraucherinnen und Verbraucher. An der Demonstration haben sich weit über 20.000 Personen beteiligt; auch der BBU hatte zur Teilnahme aufgerufen. Der BBU bedankt sich bei den Verbänden, die die Demonstration organisiert haben und bei den TeilnehmerInnen, für deren Engagement. Informationen über den Verlauf der Demonstration und Hintergründe zur aktuellen Diskussion um die zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft gibt es im Internet unter www.wir-haben-es-satt.de.

Nach Auffassung des BBU müssen die Aktivitäten zur Förderung des ökologischen Landbaus mit verschiedenen Aktivitäten fortgesetzt werden. Der BBU betont, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher mit ihrem Kaufverhalten dabei eine wichtige Rolle spielen. Gleichzeitig ruft der BBU beispielsweise zu verstärktem Engagement gegen die Massentierhaltung und gegen den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft auf.

Aktuell ruft der BBU dazu auf, im Rahmen des laufenden Genehmigungsverfahrens Einsprüche gegen den Bau von zwei Massentierställen mit rund 40.000 Hühner und Hähne in Groß Köhren, Samtgemeinde Harpstedt (Landkreis Oldenburg, Niedersachsen) zu erheben.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 23.01.2011, <http://www.bbu-online.de/Presse.htm>

Neues Infoblatt: Artgerechte Tierhaltung und ökologische Landwirtschaft

Die „Initiative für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie – für eine ethische, ökologische und verantwortungsvolle Industrie“ hat zur Berliner Landwirtschafts-Demo (22.1.) ein neues Infoblatt erstellt. Man kann es hier lesen und ausdrucken: http://www.sofortiger-atomausstieg.info/Helga_Linsler_Flyer_Gegen%FCberstellung_Demo_Berlin_2011.pdf

Massentierhaltung

Hähnchenmast

Auch gegen eine Hähnchenmastanlage nahe Dedensen (Region Hannover) gibt es erhebliche Bedenken. Mehr dazu unter <http://www.neuepresse.de/Hannover/Aus-der-Region/An-der-Leine/Seelze/Wasserverband-lehnt-Plaene-fuer-Haehnenmaststall-ab>.

Verkehrspolitik

Verkehrsnewsletter

(UB) Am 18. Januar ist der neue Newsletter von FUSS e.V. und UMKEHR e.V. erschienen. Beide Vereine sind BBU-Mitglieder. Im Newsletter heißt es: "Wenn Sie diesen Newsletter selbst direkt beziehen wollen, schicken Sie bitte eine Mail mit dem Betreff "Mail-Rundbrief" an info@umkehr.de oder info@fuss-ev.de."

Weitere Informationen unter www.fuss-ev.de und www.umkehr.de.

Bankverbindung FUSS e.V.: Konto 022 62 65 106

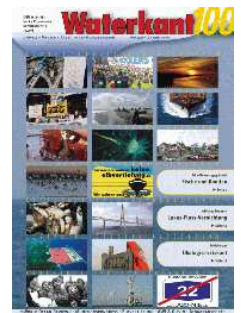
Bankverbindung UMKEHR e.V.: Kontoinhaber: Arbeitskreis Verkehr und Umwelt e.V., Konto 033 19 78 102
Postbank Berlin, BLZ 100 100 10, Spenden für beide Vereine sind steuerlich absetzbar.

4. Lesetip & Gratulation

Stolzes Jubiläum -- Zeitschrift WATERKANT erscheint mit 100. Ausgabe

Die meerespolitische Zeitschrift WATERKANT ist zum Jahreswechsel 2010/2011 mit ihrer 100. Ausgabe erschienen; "Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion" lautet traditionell das Motto des Blattes, das 1986 von der seinerzeit in Bremen beheimateten Meeresschutzorganisation "Aktionskonferenz Nordsee" (AKN) gegründet worden war. Seit Anfang 2009 wird die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift von einem eigenständigen Förderkreis herausgegeben. Aus einer Pressemitteilung der Waterkant. Mehr Infos: www.waterkant.info.

Der BBU gratuliert ganz herzlich zu diesem Jubiläum!



Impressum

BBU-Newsletter Nr. 1/ 2011, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Mitglied des BBU-Vorstand'. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.02.2011. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.